

**Die äußere und die innere Politik unserer Regierung.**

Der erfolgreiche Verlauf der letzten Landtagsession beruhte zum Theil darauf, daß eine große Anzahl von Abgeordneten, welche bis dahin der Regierung feindlich gegenüber gestanden hatten, sich nunmehr zu unumwundener Anerkennung der von der Regierung erreichten Erfolge entschlossen. Dieselbe Stimmung, welche nach den wunderbaren Ereignissen dieses Jahres das ganze preussische Volk erfüllte, kam auch in der Mehrheit des Abgeordnetenhauses zur Geltung und ließ auch bisherige Gegner des Ministeriums die ihnen dargebotene Hand zur Versöhnung ergreifen.

Das preussische Volk begrüßte seinerseits die so lange vernügte Einigkeit zwischen Regierung und Landesvertretung mit offenkundiger Genugthuung. Das Verhalten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bedarf daher in den Augen des Volkes gewiß keiner nachträglichen Erklärung und Rechtfertigung.

Mehrere jener Abgeordneten haben sich dennoch veranlaßt gefunden, theils in gemeinsamen Erklärungen, theils in besonderen Aeußerungen ihr Verhalten nochmals ins rechte Licht zu stellen: sie suchen dabei vornehmlich der Meinung entgegen zu treten, als hätten sie mit der äußeren Politik der Regierung zugleich auch die innere Politik der letzten Jahre gebilligt, sie versichern im Gegentheil, daß sie in inneren Angelegenheiten die alte »Wachsamkeit« und Opposition gegen die Regierung fortsetzen und hierin mit der Fortschrittspartei geeinigt bleiben wollen.

Ob und wie diese Ankündigung für die Zukunft sich erfüllen wird, das wird abzuwarten sein: einzuweisen darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Patriotismus in jenen Männern auch weiterhin mächtiger sein werde als der Parteigeist.

Was aber die Vergangenheit betrifft, so haben die Abgeordneten, welche den segensreichen Erfolgen der Regierung ihre Anerkennung und Huldigung gewidmet haben, sie mögen es sich gestehen wollen oder nicht, bis zu einem gewissen Punkte auch die innere Politik nachträglich für gerechtfertigt erklärt.

Der innere Kampf der letzten Jahre bewegte sich in seinem Grund und Wesen vor Allem um die Aufrechterhaltung der Heeresreform, — darüber allein ist der Streit um das Budget und um die Verfassung und der heftige Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Landtage und in der Presse, im Vereinswesen und in den städtischen Corporationen entbrannt.

Wer nun jetzt anerkennt, daß die Regierung sich durch die Aufrechterhaltung der Militair-Reorganisation und durch die mit Hilfe derselben errungenen Erfolge der äußeren Politik hohes Verdienst um das Vaterland erworben habe, der erkennt damit auch thatsächlich und selbstverständlich an, daß die Regierung wohl daran gethan habe, alle Mittel, die ihr Verfassung und Gesetz an die Hand gaben, nach gewissenhafter Ueberzeugung zu benutzen, um das große und segensreiche Werk des Königs, die Heereseinrichtungen, welche heute der Stolz Preussens und Gegenstand der Bewunderung in ganz Europa sind, im Kampfe gegen alle Widersprüche und Hindernisse des Parteitreibens durchzuführen, bis eine Zeit besserer Erkenntniß in der Landesvertretung heranbrähe.

Unsere glänzenden Erfolge nach Außen sind so untrennbar von unserer Heereseinrichtung, deren Aufrechterhaltung aber ist so innig verbunden mit der inneren Politik der Regierung, mit der Abwehr und Nothwehr gegen alle Angriffe und Uebergriffe des Parteiwesens, — daß man nicht das Eine rühmen und zugleich das Andere verwerfen kann.

Einzelne jener Abgeordneten aber bleiben nicht dabei stehen, die äußere und die innere Politik der Regierung trennen zu wollen, sie machen sich auch noch eine willkürliche Scheidung unter den Ministern zurecht. Graf Bismarck und der Kriegs-Minister von Moos, sagen sie, hätten sich allerdings um das Vaterland höchst verdient gemacht, die anderen Minister dagegen hätten an diesem Verdienst keinen Antheil, die innere Politik zumal habe Graf Bismarck wohl selbst nicht recht gebilligt.

Solche Reden beruhen auf großer Begriffsverwirrung oder auf absichtlicher Entstellung.

Die gesammte innere Politik der letzten Jahre ebenso wie die einmüthige Förderung und Durchführung der großartigen Unternehmungen unserer auswärtigen Politik sind in jeder Beziehung das gemeinsame Werk und Verdienst der gesammten Regierung Sr. Majestät des Königs.

Die Kraft und die Erfolge der gegenwärtigen Regierung beruhen zum großen Theile gerade auf der tiefen Uebereinstimmung aller Mitglieder derselben in Betreff ihrer gemeinsamen Aufgaben und Ziele und der zur Erreichung derselben einzuschlagenden Wege: niemals, so lange in Preußen die Verfassung besteht, war die Regierung in allem

Wesentlichen so sehr eines Sinnes und Willens, wie im Laufe der letzten vier Jahre.

Mit Recht zollt das Land den weit hervorragenden Verdiensten, der geistigen Kraft und der charaktervollen Energie des Minister-Präsidenten und des Kriegs-Ministers die dankbarste Bewunderung; aber diese Männer würden einen Dank verschmähen, der die erreichten Erfolge von der Gesammtpolitik scheidet wollte, die sie seit vier Jahren in engster Gemeinschaft mit den übrigen Ministern befolgt und bei jeder Gelegenheit mit offener Entschiedenheit vertreten haben. Man begeht ein Unrecht gegen die beiden hochbedeutenden Männer selbst, wenn man sie als bloße Fachminister aus dem Zusammenhange der politischen Gesammtthätigkeit des Staats-Ministeriums auszuschneiden versucht.

Die innere Politik der letzten vier Jahre entsprang bei Graf Bismarck so wenig wie bei einem der übrigen Minister aus Lust am Streit oder aus innerem Widerstreben gegen die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte des Volkes, sondern aus dem Bewußtsein einer unabwieslichen Pflichterfüllung gegen die Krone und das Land.

Aber ebenso wie die Regierung in diesem Bewußtsein einer ernstesten politischen Nothwendigkeit einig war, ebenso einmüthig war sie von vorn herein in der Hoffnung und Zuversicht, daß es über kurz oder lang gelingen werde, das Serwürfniß mit der Landesvertretung zu lösen und auf die Bahn eines vertrauensvollen Zusammenwirkens mit derselben zurückzuführen.

Jede Thronrede seit 1862, fast jede Ministerrede gab dieser Hoffnung Ausdruck.

Der Minister des Innern, dem der Kampf gegen die Aeußerungen und Uebergriffe des Parteitreibens in den Zeitungen, in Versammlungen und Corporationen vorzugsweise obliegt, hat bei jeder Gelegenheit versichert, wie sehr die Regierung eine Zeit herbeiwünsche, wo sie dieses Kampfes überhoben wäre. Er mahnte schon vor zwei Jahren das Abgeordnetenhaus in dringenden Worten: es möge davon ablassen, gerade an der Militairfrage, in welcher ein Zurückweichen für die Regierung ganz unmöglich sei, das Budgetrecht erproben zu wollen. Es werde sich dann bald zeigen, daß man gar nicht soweit auseinander sei.

»Ueberlassen Sie, sagte er, die Bethätigung dieses Patriotismus nicht Ihren Nachfolgern, legen Sie so schnell als möglich Hand ans Werk, um Preußen einig zu machen und dadurch so groß und so stark, als es verdient.«

Solche Mahnungen verhallten damals noch wirkungslos.

Die Regierung aber hielt unbeirrt an dem Glauben fest, daß der Augenblick kommen werde, wo der Widerspruch gegen die neuen Heereseinrichtungen und damit der Anlaß des traurigen Serwürfnisses schwinden würde.

Sobald im letzten Sommer die Kunde von Preussens siegreichem Vorgehen in Böhmen einen neuen Aufschwung patriotischer Gesinnung hervorrief, der sich auch schon bei den Wahlen zum Landtage geltend machte, war die Regierung sofort einmüthig in dem Entschluß, gestützt auf diese gehobene patriotische Stimmung den inneren Frieden wiederherzustellen.

Die Thronrede, mit welcher der König bei der Rückkehr von seinem Siegeslauf den Landtag eröffnete, kündigte dieses Friedenswerk in zuversichtlichen Worten an.

Bei der Berathung der Indemnitäts-Vorlage sagte sodann der Minister-Präsident Graf Bismarck:

»Wir wünschen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig sind; im Gegentheil, die Fluth ging mehr zu unseren Gunsten, als vor Jahren. Wir wünschen den Frieden, weil das Vaterland ihn bedarf, — und weil wir hoffen, ihn jetzt zu finden; wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir gehofft hätten, ihn früher finden zu können. — Wir suchen den Frieden ehrlich, wir haben Ihnen die Hand dazu geboten und Sie werden in diese Hand einschlagen. Wir werden dann die Aufgaben, die uns zu lösen bleiben, mit Ihnen in Gemeinschaft lösen. Ich schließe von diesen Aufgaben Verbesserungen der inneren Verwaltung, Herstellung der regelmäßigen Verfassungszustände nicht aus. Aber nur gemeinsam werden wir sie lösen können, indem wir auf beiden Seiten erkennen, daß wir demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen.«

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg fügte in gleichem Sinne hinzu: »Die Regierung ist heute stärker als zuvor, und — dennoch hat sie die Hand zum Frieden geboten, und dennoch ist aus königlichem Munde der Ruf zur Versöhnung erschallt, als die beste Bürgschaft, daß es ernstlich damit gemeint ist. Denjenigen, welche heute noch der Ueberzeugung sind, daß wir mit dem Willen, die Verfassung zu verlegen, den Budgetstreit geführt hätten — verdenke ich es nicht, wenn sie die Indemnität nicht ertheilen wollen. Aber ich hoffe, Sie haben aus den Erfolgen ersehen, daß die Sache so nicht steht. — Die Indemnität soll aber ferner die Grundlage für den zu schließenden Frieden zwischen der Regierung und der Landesvertretung